

Informationen zum Datenschutz im Rahmen der digitalen An-, Um-, Abmeldung eines Gewerbes gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Nachfolgend finden Sie die Datenschutzhinweise zur Nutzung der Antragsplattform der Stadt Idar-Oberstein für die Gewerbebeanmeldung, -abmeldung oder -ummeldung. Ausführliche Informationen zur allgemeinen Nutzung der Antragsplattform finden Sie bei den datenschutzrechtlichen Informationen zum digitalen Angebot der Stadt (Informationen zum Datenschutz im Rahmen der digitalen Antragsplattform gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung).

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Einverständniserklärung (Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a DSGVO) zur Durchführung der An-, Ab- und Ummeldung eines Gewerbes online erfasst und verarbeitet.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-0
E-Mail: [stadtverwaltung\(at\)idar-oberstein.de](mailto:stadtverwaltung(at)idar-oberstein.de)

2. Datenschutzbeauftragte/r (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Datenschutz
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-1121
E-Mail: [datenschutz\(at\)idar-oberstein.de](mailto:datenschutz(at)idar-oberstein.de)

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c. DSGVO)

Ihre Daten werden auf Grundlage Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. a DSGVO zur Nutzung der Antragsplattform verarbeitet. Ihre Daten werden ausschließlich verwendet für die Bearbeitung Ihres Anliegens (An-, Ab- und Ummeldung eines Gewerbes).

Eine Gewerbebeanmeldung und -ummeldung ist immer dann notwendig, wenn Sie einen stehenden Gewerbebetrieb beginnen. Dies ist der Fall bei:

- Neuerrichtung eines Betriebs,
- Neuerrichtung einer Zweigniederlassung,
- Neuerrichtung einer unselbständigen Zweigstelle,
- Übernahme eines bestehenden Betriebs, z. B. durch Kauf oder Pacht,
- Umwandlung eines Einzelunternehmens in eine andere Rechtsform,
- Verlegung eines Betriebs aus dem Bereich einer Behörde in den Bereich einer anderen Behörde (gilt bei der einen Behörde als Aufgabe, bei der anderen Behörde als Neuerrichtung).

Die Gewerbebeanmeldung ist gleichzeitig mit dem Beginn des Betriebs vorzunehmen, sowie die Gewerbebeanmeldung mit der Aufgabe des Betriebs anzuzeigen.

Die Anzeigepflicht - Anmeldung - besteht nur, wenn es sich um eine gewerbliche Tätigkeit handelt. Ausgenommen von der Anzeigepflicht sind die in § 6 Absatz 1 Satz 1 GewO genannten Tätigkeiten.

Ausgenommen sind unter anderem:

- Urproduktion (Viehzucht, Ackerbau, Jagdwesen, Forstwesen und Fischerei)
- Freie Berufe (u. a. Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Ärzte, wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Tätigkeiten)
- Erziehung von Kindern gegen Entgelt
- Unterrichtswesen

Der Zweck der Anmeldung eines Gewerbes ist, der zuständigen Behörde die Überwachung der Gewerbeausübung sowie statistische Erhebungen zu ermöglichen.

Folgende Daten werden nach Kategorie verarbeitet:

Allgemeine Informationen:

- Angaben zum Gewerbe/Betrieb
- Angaben zum Betriebsleiter/Gesellschafter/gesetzlichen Vertretern/vertretungsberechtigten Personen (abhängig von der Unternehmensform): Name, Anschrift, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, ggf. weitere Angaben

Anliegenbezogene Informationen:

Anmeldung:

- Datum des Beginns
- Grund der Anmeldung
- Betriebsart, Neben- oder Vollerwerb, tätige Personen im Betrieb, ggf. weitere Angaben

Ummeldung

- Datum der Änderung
- Grund der Ummeldung
- Betriebsart, Neben- oder Vollerwerb, tätige Personen im Betrieb, ggf. weitere Angaben

Abmeldung

- Datum der Abmeldung
- Grund der Abmeldung
- Betriebsart, Neben- oder Vollerwerb, tätige Personen im Betrieb, ggf. weitere Angaben

4. Empfänger (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Intern

- Innerhalb des Ordnungsamtes erfolgt die Sachbearbeitung im Bereich Sicherheit und Ordnung.

Extern

- Von der Stadt eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten.

- Übermittlung an das Statistische Landesamt gemäß der Gewerbeanzeigenverordnung.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Es erfolgt keine Datenübermittlung an ein Drittland.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Aufgabenerfüllung der Sachbearbeitung erforderlich ist oder ggf. darüber hinaus eine Verpflichtung zur Aufbewahrung besteht (gesetzliche Aufbewahrungsfristen). Auf der Antragsplattform sind die Daten 30 Tage hinterlegt.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Die Kontaktdaten sind:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Tel.: 06131 / 89200

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de